

Vorwärts: Nordrhein-Westfalen

Regional

INHALT

Parteitag in Bochum: Start zum Endsprint

Die politische Stimmung im Land hat sich weiter gedreht. Der bei den Kommunalwahlen im Herbst bereits deutlich gewordene Rückenwind für die SPD hat sich verstärkt. Die guten Umfragewerte für Peer Steinbrück und seine Mannschaft bestätigen eine eindrucksvolle Aufholjagd. Wir haben jetzt die Nase vorn. Wir müssen uns bis zum Wahltag aber noch mächtig ins Zeug legen. Wir können das aber mit guter Aussicht auf Erfolg tun.

(Seiten 2, 6 und 11)

Generationenkonvent: In der Zeche Zollverein

60plus und Jusos entwickeln gemeinsam Zukunftskonzepte für eine moderne Sozialpolitik. Das Ziel ist Generationengerechtigkeit

(Seite 5)

Klarer Vorsprung für Ministerpräsident Peer Steinbrück

Bis zur Landtagswahl sind es noch weniger als vier Monate. Die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler zu Peer Steinbrück und der SPD steigt kontinuierlich. Eindeutiger Trend der Umfragen: Mit der CDU geht es im Bund und in NRW abwärts.

Im Januar fragte das Meinungsforschungsinstitut Infratest Dimap, wen die Bürgerinnen und Bürger von NRW am 22. Mai zum Ministerpräsidenten wählen würden.

Das Ergebnis ist für die CDU niederschmetternd.

Die Wählerinnen und Wähler, die sich für einen der beiden Kandidaten entschieden haben: 60,9% für Ministerpräsident Peer Steinbrück und lediglich 39,1% für Jürgen Rüttgers.



Die NRWSPD kann ihre Werte stetig verbessern

■ Der Trend geht zu Rot.
Auch bei den Nasen.



Wir wünschen eine tolle fünfte Jahreszeit.

NRW
SPD

www.nrwspd.de

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Heiko Tornow
Susanna Weineck

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de

EDITORIAL

Der Schlussspurt entscheidet

2005 ist ein wichtiges Jahr für NRW und die SPD. Noch vor wenigen Monaten träumte die seit 39 Jahren auf Opposition abonnierte CDU davon, sie könne mit Jürgen Rüttgers beim zweiten Versuch – diesmal gewissermaßen im Schlafwagen – an die Macht kommen.

Der Absturz der Union ist selbst verursacht. Erst der propagierte Abbau sozialer Gerechtigkeit, Kopfpauschale, Absenken des Kündigungsschutzes, Kritik an Flächentarifen und Mitbestimmung, Absenken des Spitzensteuersatzes.

Dann die personifizierten Domino-Steine: Merz, Arentz, Seehofer, Meyer, Spreng, Bosbach.

Und auch im sogenannten Zukunftsteam von Jürgen Rüttgers glänzt niemand.

Doch steigende Zustimmung für die SPD, für unseren Ministerpräsidenten und die erkennbare Rückkehr von vielen SPD-Wählern, die

bei den Wahlen im letzten Jahr abgewartet haben, sind kein Grund uns auszuruhen.

Die Landtagswahl wird im Schlussspurt entschieden. Wir wollen und müssen wieder wie 2000 mehr als 3 Millionen Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl für die SPD und jetzt für Peer Steinbrück mobilisieren: Stimmbezirk für Stimmbezirk, Straße für Straße, von Haus zu Haus, durch persönlichen Mundfunk aller fast 170.000 Mitglieder der NRWSPD.

Die Chancen sind besser geworden. Doch eines hat sich nicht geändert. Wenn am 22. Mai der nordrhein-westfälische Landtag gewählt wird, müssen wir zuvor 800.000 Stimmen mehr mobilisiert haben als bei der Kommunalwahl. Gemeinsam schaffen wir es. Wetten?

Michael Groschek



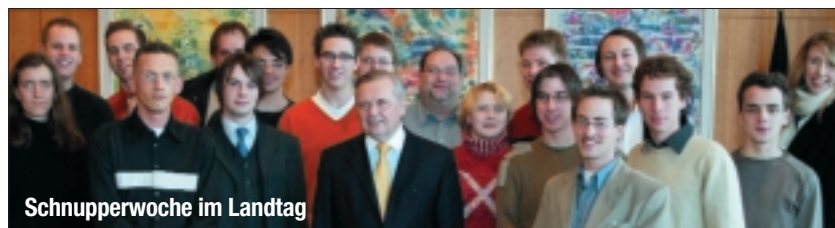
KAMPAGNE FÜR KINDER

In NRW steigen die Ausgaben für Bildung. Hier liegt ein Schwerpunkt der Politik der SPD-Fraktion im Landtag. Für ihre bildungspolitischen Ansätze, ihre Leistungen und Ziele will die Fraktion in einer Kampagne werben. Das geschieht auf fünf Regionaltagungen in Duisburg, Köln, Hagen, Bielefeld und Recklinghausen. Auf der großen Abschlussveranstaltung am 18. März im Landtag heißt das Motto: Auf dem Weg zum Spitzenbildungsland NRW.

Weitere Infos unter: www.kinderfoerdern-zukunft-sichern.de

Gerechtigkeit ist unteilbar Gesprächskreis SPD und Kirchen

Das intensive Gespräch zwischen Kirchen und SPD hat in NRW eine lange Tradition. Ein Gesprächskreis unter der Leitung von Karl Schultheis hat nach zweijähriger Unterbrechung den Dialog mit den Konfessionsvertretern wieder aufgenommen. Thema war unter anderem das Landeswahlprogramm der SPD, das kritisch unter die Lupe genommen wurde und dennoch viel Lob fand. Eine besondere Herausforderung ist das Thema „Kirche und Kommune“. Die aktuellen Debatten um die Beteiligung der Kirchen an der Trägerschaft von Kindertagesstätten sowie an anderen sozialen Einrichtungen berühren Grundsätze und Interessen beider Seiten. Weitere Informationen beim **SPD Landesverband NRW, Wolfgang Hellmich, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf. E-mail: Wolfgang.Hellmich.nrw@spd.de**



Schnupperwoche im Landtag

24 Jugendliche aus ganz NRW verbrachten auf Einladung der NRWjusos eine Woche im Düsseldorfer Landtag, um alles rund um den Parlamentarismus zu erfahren. Im Bild: Mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt.

Gertrud Steinbrück

Dr. Gertrud Steinbrück wurde am 13. Juli 1949 in Hohenberg-Krusemark (bei Stendal) geboren. Mit fünf Jahren zog sie nach Bonn und lebt jetzt in Bad Godesberg. Gemeinsam mit ihrem Mann, Ministerpräsident Peer Steinbrück, hat sie drei erwachsene Kinder (Katharina, Anne und Johannes). Die Studienrätin im Kirchendienst verbringt ihre Freizeit am liebsten mit Lesen, Kino und Gesellschaftsspielen. Genauso gerne trifft sie Menschen.



„Man muss vor sich bestehen können.“

„Wirklich sympathische Leute“, sagt Gertrud Steinbrück. Gerade hat sie mit ihrem Mann den Bundespräsidenten und dessen Gattin verabschiedet. Zwei Tage lang waren die Köhlers in Nordrhein-Westfalen unterwegs. „Wir hatten sehr gute Gespräche“, fügt die 55jährige hinzu. Doch dabei belässt sie es dann auch.

Die Frau des Ministerpräsidenten kokettiert nicht mit der Rolle der „First Lady“. Klar genieße sie es, auch mit Menschen zusammen zu treffen, die sie unter „normalen Umständen“ nie kennen gelernt hätte. Mit der Queen zum Beispiel. Aber jeden Tag Protokoll, jeden Tag Kameras, jeden Tag Öffentlichkeit: Das braucht die promovierte Biologin nicht. Sie unterstützt ihren Mann – wenn sie Zeit hat.

„Es war eine bewusste Entscheidung, dass ich meinen Beruf auch nach dem Amtsantritt von Peer als Ministerpräsident weiter führe“, sagt die Lehrerin für Biologie und Politik. Eigentlich wollte sie einmal Ärztin werden. Doch dazu, so Gertrud Steinbrück mit einem Augenzwinkern, sei ihr Abitur nicht gut genug gewesen. „Ich wäre wohl auch keine doller geworden“, fügt sie hinzu. Die Frau ist sich ihrer Stärken und Schwächen bewusst.

Heute ist Gertrud Steinbrück heilfroh, dass sie sich nach dem Studium für das Lehramt entschieden hat. „Lehrer haben viele Möglichkeiten den Unterricht zu gestalten.“ Sie gebe sich Mühe, ihre Stunden gut

vorzubereiten. Da habe sie durchaus etwas Preußisches, sagt sie in ihrer lebhaften und fröhlichen Art. Sie redet mit viel Sympathie und Wärme über ihre Schüler und ihr Kollegium. „Das Lehramt ist der Job meines Lebens.“

Als ihr Mann in den 90er Jahren Staatssekretär in Schleswig-Holstein wurde, hat Gertrud Steinbrück ihren Beruf für einige Jahre aufgegeben. Doch es drängte sie wieder in den Job. Sie kehrte an „ihr“ Bonner Gymnasium zurück und pendelte nach Kiel. Heute lässt sie sich nur in Ausnahmefällen vom Unterricht freistellen. Und wenn, dann versucht sie dafür zu sorgen, dass der versäumte Stoff an einem anderen Tag nachgeholt wird. „Ich werde bezahlt, weil ich arbeite.“

Selbständigkeit ist für Gertrud Steinbrück wichtig. „Meine Generation ist gut ausgebildet. Warum soll ich mit meiner Ausbildung nichts anfangen“, erklärt sie selbstbewusst. „Das gibt Sicherheit. Man muss vor sich bestehen können.“ So seien auch die drei Kinder erzogen, die mittlerweile erwachsen sind und auf eigenen Bei-

nen stehen, sagt sie mit einem Anflug von Stolz.

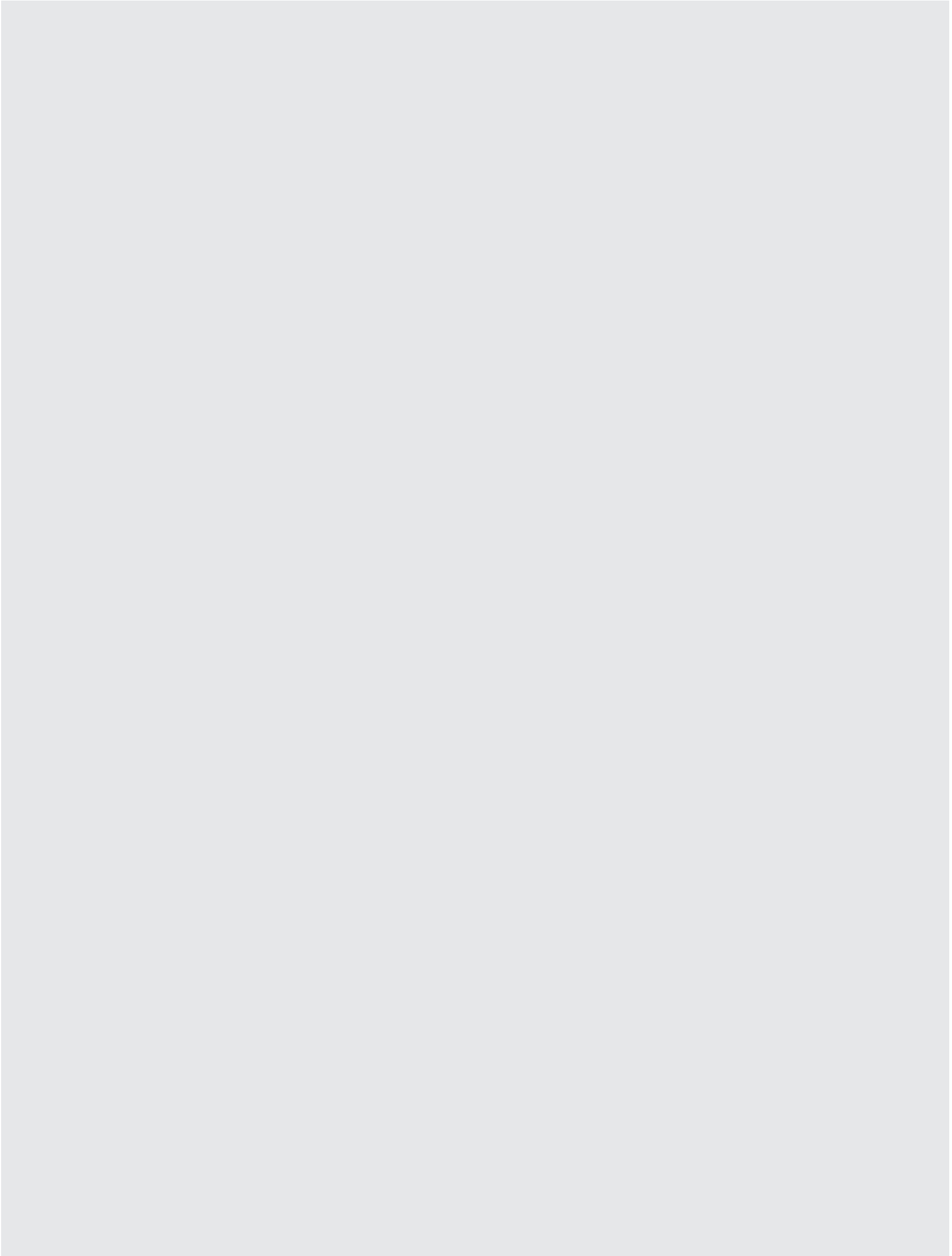
Sie legt Wert darauf, sich am Abend über unterschiedliche Lebenswelten unterhalten zu können. Bodenhaftung ist für Gertrud Steinbrück wichtig. Und sie sorgt dafür, dass auch der Regierungschef nicht abhebt. „Den schicke ich auch schon mal zum Brötchen holen“, sagt sie forsch. Denn schließlich sei es auch für ihn wichtig zu wissen, was die Dinge kosten. Das Geschirr abspülen, Rasen mähen – zu Hause regiert die Normalität.

Der private Bereich sei ihr und ihrem Mann wichtig, um wieder ins „Innenmaß“ zu kommen, erklärt die Kunstliebhaberin nachdenklich. Daher ist das eigene Heim für Journalisten tabu. Zu Hause spielt man Backgammon. Und natürlich redet man auch „ungefiltert“ über die Freuden und Ärgernisse des zurückliegenden Tages. Die gesamte Familie ist nur noch selten beisammen. Die älteste Tochter Katharina hat ihr Jura-Studium abgeschlossen und arbeitet jetzt in Frankreich. Anne studiert in Maastricht, Johannes in Wuppertal.

Gertrud Steinbrück ist Sozialdemokratin und bezeichnet sich als „68erin“. Sie gesteht, dass die politische Aufbruchstimmung jener Zeit sie elektrisiert habe. Aber sie sei nie in vorderster Front dabei gewesen. „Ich habe gelesen, was man seinerzeit lesen musste und mich ansonsten treiben lassen“, sagt sie. Willy Brandt? „Traumhaft. Wir wussten alles über ihn.“ Der Mann habe einfach Charisma gehabt. Sie sei damals „emotional politisiert“ gewesen. Aber mit dem Gedanken, ernsthaft im politischen Bereich zu arbeiten, habe sie sich nie beschäftigt.

Dennoch gibt es Dinge, für die sie sich engagiert und „für die es sich lohnt, seinen Namen in die Waagschale zu werfen.“ Gertrud Steinbrück hat die Schirmherrschaft der Aktion Lichtblicke übernommen. Sie unterstützt Familien aus Nordrhein-Westfalen, die in Not geraten sind. „Das ist mir wichtig. Es ist von zentraler Bedeutung, solche Projekte zu fördern.“ Deshalb sei sie aber noch lange keine Landesmutter. Diesen Begriff findet Gertrud Steinbrück zwar „scharf“, mögen tut sie ihn deswegen aber noch lange nicht.

— ANZEIGE —





Gerechtigkeit zwischen den Generationen

„Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, die das Miteinander fördert. Das gilt im Verhältnis zwischen den Generationen. Wir wollen Alt und Jung nicht gegeneinander ausspielen. Kinder und Jugendliche sollen erfolgreich ins Leben starten können. Und wir wollen erreichen, dass die Erfahrungen und das Können der älteren Generation stärker genutzt werden. Sozialdemokraten treten für die Gerechtigkeit zwischen den Generationen ein. Das ist ein wesentlicher Bestandteil einer friedfertigen und solidarischen Gesellschaft.“

Wir wollen gemeinsam mit Peer Steinbrück über das Thema Generationengerechtigkeit diskutieren. Wie kann in unserer Gesellschaft das friedfertige Zusammenleben der Generationen organisiert werden? Welche Herausforderungen und Chancen ergeben sich? Wie muss angesichts des demografischen Wandels eine künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik aussehen? In einer Generationenerklärung wollen wir beschreiben, welche Möglichkeiten eine älter werdende Gesellschaft besitzt und wie Zukunftschancen für junge Menschen geschaffen werden können. Wir freuen uns auf eine spannende Debatte über eine Gesellschaft des langen Lebens und laden Sie/ Euch herzlich ein.

Harald Schartau
Landesvorsitzender NRWSPD

Alexander Bercht
Landesvorsitzender Jusos NRW

Gerhard Kompe
Landesvorsitzender AG 60 plus

TAGUNGSORT:

Zeche Zollverein Essen

Anmeldung unbedingt
erforderlich bis zum 18.2.2005
Schriftlich an:

JusoLandesbüro NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Telefon: 02 11/13 66-325
Fax: 02 11/13 66-303
Mail: info@jusos-nrw.de
Internet: www.jusos-nrw.de

Ein Konflikt, der nicht stattfindet

VON HEIKO TORNOW

Unterschiedlicher können zwei kaum sein: Gerhard Kompe, bald 70 Jahre und Alexander Bercht, gerade mal 25 Jahre. Der eine ist Vorsitzender von 68000 NRW-Sozialdemokraten in der Arbeitsgemeinschaft 60 plus. Der andere steht den 20400 Jungsozialisten an Rhein und Ruhr vor. Der eine repräsentiert ein gut Teil Geschichte der SPD, der andere will deren Zukunft gestalten. Und beide laden gemeinsam ein zum großen Generationenkonvent am 26. Februar nach Essen in die Zeche Zollverein (Siehe Info oben auf dieser Seite).

Diskutiert man mit dem Alten und dem Jungen über die große noch ungelöste Frage, wie denn in einer älter werdenden Gesellschaft die Sozialversicherungssysteme bezahlbar und leistungsfähig erhalten werden können, ist Erstaunliches festzustellen. Der sonst landauf landab behauptete Generationenkonflikt zwischen den Alten auf der einen Seite, die ihre Lebensleistung etwa durch immerwährend hohe Renten entlohnt wissen wollen und den Jungen auf der anderen, die sich durch allzu hohe Versicherungszahlungen für die Rentner ausgebeutet sehen – er existiert nicht

zwischen dem alten und dem jungen Sozialdemokraten.

Analyse und Lösungsansätze sind gleich: „Gegeneinander geht es nicht“, sagt der eine. „Wir reden nicht vom Generationenkonflikt, wir reden über Generationengerechtigkeit“, sagt der andere. Und gemeinsam stellen sie fest: „Wir wollen nicht, dass die jeweils andere Gruppe auf etwas verzichtet. Wir wollen eine neue Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.“

Spielraum dafür sehen der Juso und der Senior zum Beispiel im Gesundheitswesen durch das SPD-Modell der Bürgerversicherung, und im Rentenwesen soll auch ein wenig mehr Umverteilung helfen: „Warum werden nur Arbeitseinkünfte zur Rentenversicherung herangezogen. Der wachsende Einkommensanteil etwa aus Kapitaleinkommen stünde auch zur Verfügung“, sagt Bercht und Kompe sagt: „Richtig.“

Etwas konkreter soll es auch werden. Auf dem Generationenkonvent, auf dem beide jeweils einen Podiumstark moderieren. Und wer von beiden hatte nun die Idee zu dem Konvent? „Das war das Ergebnis gemeinsamer Überlegungen“, sagen beide.



60plus-Senior Gerhard Kompe, 70, und Juso Alexander Bercht, 25 Jahre, organisieren gemeinsam den Generationenkonvent in der Zeche Zollverein

Wir sind ein starkes Team

Interview mit Edgar Moron, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag

Vorwärts: Herr Moron, die SPD in Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Umfragen kontinuierlich zugelegt. Ist die Landtagswahl im Mai schon gewonnen?

Edgar Moron: Vor dieser Annahme kann ich nur warnen. Selbstbewusstsein ist gut. Aber Übermut ist nicht angebracht. Bis zum 22. Mai ist es noch eine lange Strecke. Wir müssen konzentriert weiter arbeiten. Wir werden auf die eigene Stärke setzen und sollten uns nicht auf die Schwäche der politischen Konkurrenz verlassen.

Vorwärts: Worauf führen Sie den Stimmungsumschwung zugunsten der SPD zurück?

Edgar Moron: Die SPD verfügt über einen ausgezeichneten Spitzenkandidaten. Ministerpräsident Peer Steinbrück ist inhaltlich klar, kompe-

tent und durchsetzungsstark. Der Zick-Zack-Kurs des Herausforderers ist dagegen peinlich. Die Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen erkennen sehr genau, wem man die Regierungsverantwortung anvertrauen kann. Zudem tritt die Führung der SPD in Nordrhein-Westfalen geschlossen auf. Die Arbeit zwischen Landesregierung, Partei und Fraktion funktioniert reibungslos. Wir sind ein gutes Team.

Vorwärts: Vor einem Jahr gab es noch enorme Widerstände gegen die von den Sozialdemokraten eingeleiteten Reformen. Der Protest ist spürbar abgeflaut. Woran liegt das?

Edgar Moron: Zweifellos wird der SPD zugute gehalten, dass wir bei den notwendigen Veränderungen unserer sozialen Sicherungssysteme nicht gewackelt haben. Das zahlt

sich jetzt aus. Unsere sozialen Sicherungssysteme haben die Belastungsgrenze erreicht. Wir müssen sie neu justieren, damit es auch in Zukunft ein soziales Netz für die gibt, die darauf angewiesen sind. Erste Erfolge werden im Bereich der Gesundheitspolitik sichtbar. Und auch auf dem Arbeitsmarkt wird sich schon bald eine positive Entwicklung feststellen lassen.

Vorwärts: Was halten Sie den Kritikern von Hartz IV entgegen?

Edgar Moron: Wir wollen, dass mehr Menschen Arbeit und Beschäftigung haben. Das kann nur gelingen, wenn Arbeitslose besser betreut werden. Wenn ihnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Genau hier setzt die Reform an. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit jahrzehntelang verwaltet worden, mit Hartz IV wird sie bekämpft. Sicher bringt die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auch Härten mit sich. Aber alles in allem hat die SPD Augenmaß bewiesen. Wir wollen den Sozialstaat umbauen und nicht abschaffen. Das unterscheidet uns von Rüttgers und Co.

Vorwärts: Was werden die Schwerpunkte des SPD-Wahlkampfes sein?

Edgar Moron: Es geht um die Schaffung neuer Arbeitsplätze und um Bildung. Wir haben hier viel erreicht. Aber es gibt auch noch einiges zu tun. Nach dem Wahlsieg werden wir weiter konsequent in Forschung und Entwicklung investieren. Wir brauchen neue Produkte, die den Standort NRW und somit Arbeitsplätze sichern.

Familie und Beruf dürfen sich nicht ausschließen. Deshalb wird bei uns in Nordrhein-Westfalen die äußerst erfolgreiche Offene Ganztagsgrundschule weiter ausgebaut. Deshalb werden wir einen Schritt weiter gehen und auch die Ganztagsangebote nach der Grundschule bis zur 7. Klasse deutlich ausbauen. Und wir gehen noch einen Schritt weiter, wir wollen auch Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen organisieren. Unser Ziel ist hier ein Angebot für alle unter Dreijährigen von berufstätigen Alleinerziehenden. So schaffen

wir Schritt für Schritt ein verlässliches Betreuungsnetz, angefangen bei den Jüngsten bis zum 13. Lebensjahr.

Wir werden auch deutlich machen, dass wir auf eine friedfertige und solidarische Gesellschaft setzen. Die Ellenbogengesellschaft entspricht nicht unseren Vorstellungen. Marktradikale Theorien, wie sie von CDU und FDP propagiert werden, wird es mit Sozialdemokraten nicht geben. Wir kämpfen mit den Gewerkschaften für die Beibehaltung der Mitbestimmung.

Vorwärts: Aktuell wird die Diätenfrage in NRW heftig diskutiert. Was will die SPD-Landtagsfraktion?

Edgar Moron: Wir wollen klare Patente. Alle vier Fraktionen des Landtages haben in jahrelanger Arbeit ein Gesetz erarbeitet, das die Bezahlung von Abgeordneten transparent macht und sie so stellt wie jeden normalen Arbeitnehmer. Unser Entwurf könnte beispielhaft sein, er wird sogar vom Bund der Steuerzahler als vorbildlich bezeichnet. Doch Rüttgers hat den Konsens aufgekündigt, weil er eine billige Schlagzeile bekommen konnte. Seine Aussage, die CDU sei gegen eine Verdopplung der Diäten ist verkürzt und gnadenlos populistisch. Er verschweigt, dass das Land in Wahrheit Geld spart, u.a. dadurch, dass die Altersversorgung der Abgeordneten nach dem neuen Gesetz deutlich schlechter wird.

Wir wollen die Reform. Aber wir bestehen darauf, dass die CDU zu ihrem Wort steht und die Änderungen mitträgt. Rüttgers mangelt es für den bevorstehenden Wahlkampf an Sachthemen. Nur so ist sein Hü und Hott in der Diätenfrage zu erklären. Der Mann hat kein Rückgrat.

Vorwärts: Die kommenden Wahlkampfwochen werden äußerst hart. Wie entspannen Sie eigentlich?

Edgar Moron: Ich kann mich sehr gut im Kreise meiner Familie erholen. Ich liebe ein gutes Essen, eine gesellige Doppelkopfrunde und ab und zu ein gutes Glas Wein. Das reicht schon. Ich bin ein genügsamer Mensch.



Edgar Moron im
Düsseldorfer Landtag

Von der Pike auf

Edgar Moron wurde am 28. August 1941 in Beuthen geboren und wuchs in Berlin auf. Seit 1969 wohnt der passionierte Bergsteiger in Erftstadt, ist seit 37 Jahren verheiratet, Vater eines Kindes und stolz auf zwei prächtige Enkel.

Nach dem Abitur studierte Edgar Moron Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. 1970 wurde der Diplom-Politologe Mitglied der SPD. Seine politischen Stationen: Mitglied des Stadtrates in Erftstadt und Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Kreistages und Fraktionsvorsitzender, seit dem 31. Mai 1990 Landtagsabgeordneter, von 1998 bis 2000 Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion und seit Mai 2000 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

100 Tage Baranowski

Ein neuer Mann mit neuem Stil

VON RUDOLF HARTUNG

Seit hundert Tagen ist Frank Baranowski jetzt Oberbürgermeister von Gelsenkirchen. Wir treffen ihn in seinem Büro in der dritten Etage des Rathauses in Gelsenkirchen-Buer. Eine nüchterne Arbeitsatmosphäre, die Möbel stammen vom Vorvorgänger. Im Regal ein großer Kaktus, die Grünen haben ihn zur Amtseinführung geschenkt. Man kooperiert.

In der Stichwahl hatte Frank Baranowski den amtierenden OB Oliver Wittke (CDU) besiegt. Der hatte sich deutschlandweit profiliert, als er außerhalb von Gelsenkirchen seine Stadt als Hort der Hoffnungslosigkeit beschrieb. Das mochten die Menschen rund um Schalke nicht. Genau an dieser Stelle ist „der Neue“ ganz anders. Er will „die Stärken von Gelsenkirchen unterstreichen und Zuversicht in die Stadt bringen.“ Baranowski, seit 2000 SPD-Vorsitzender in der Ruhrgebietsstadt, hat nach seiner Wahl sein Landtagsmandat

niedergelegt. Die Arbeit im Landtag hatte er gern gemacht, aber: „Im Vergleich zur Landtagsarbeit sind die Anforderungen an den Oberbürgermeister als Repräsentant der Stadt und als Chef der Verwaltung ungleich arbeits- und zeitintensiver.“

So antwortet Baranowski auf die Frage nach den Arbeitsschritten der ersten Wochen: „Wir mussten im wörtlichen Sinne Baustellen lokalisieren, sichten, bewerten und entscheiden, was umorganisiert und was stillgelegt werden muss.“ Am verblüffendsten empfand der neue Oberbürgermeister, dass trotz vieler Ankündigungen selbst die WM 2006 auf der Seite der Stadt schlecht vorbereitet war.

Höflich umschreibt er: „Unverbindliches Nebeneinander haben wir schnell aufgehoben, es gibt jetzt ein WM-Büro mit geordnetem Miteinander und klaren Verantwortlichkeiten.“

Eine große Altlast für die Stadt ist der von Wittke angeschobene Umbau des Hans-Sachs-Hauses, eines alten Ver-

waltungsgebäudes. Das Projekt wird etwa 80 Millionen Euro kosten. Viel Geld für eine Stadt ohne Geld.

Schon der Taxifahrer hatte uns auf dem Weg vom Hauptbahnhof gesagt, wir sollten „denen da im Rathaus“ Bescheid geben: „Die wollen für den Umbau des Sachs-Hauses doch doppelt soviel ausgeben, wie ein Neubau kosten würde.“ Er verstehe zwar nichts von Politik, aber richtig sei das angesichts der Finanznot der Stadt nicht.

Baranowski, der zuvor gegen den Umbaubeschluss gestritten hat: „Bezogen auf den Zeitpunkt der Entscheidung hat der Mann nicht unrecht. Aber inzwischen gibt es Verträge. Wir prüfen, was rechtlich möglich ist.“

Neue Initiativen hat der Oberbürgermeister auf den Weg gebracht: In fünf Jahren will Gelsenkirchen für jedes fünfte Kind einen Betreuungsplatz garantieren. Es gibt ein neues Projekt für die Ausbildung und Quali-



Neuer OB in Gelsenkirchen:
Frank Baranowski

fizierung von Tagesmüttern. Schwerpunkt ist der Ausbau des stadtteilorientierten Angebots an Ganztagschulen.

Sauberkeit und Ordnung in der Stadt sind ein anderes Thema des neuen OB. Seine Lösungen: Wilde Müllablagerungen schneller beseitigen und Verursacher verfolgen. Zusätzlich 100 neue Kräfte sollen – finanziert im Rahmen des Hartz IV Programms – mit dafür sorgen, dass öffentliche Flächen sauber bleiben.

Und, was hat er vom abgewählten OB übernommen? Frank Baranowski lächelt. Aus einem Schrank holt er einen weißen Bauarbeiterhelm: „Den hat mein Vorgänger achtlos liegen lassen.“

ANZEIGE

Über die Schulter geschaut – Beim Fotoshooting der Landtagskandidaten



▲ Prof. Dr. Gerd Bollermann kandidiert erneut in Dortmund



Harald Schartau, ► Landesvorsitzender der NRWSPD, bewirbt sich in Dortmund erstmals auf ein Landtagsmandat

Der Landtagswahlkampf steht vor der Tür, die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren. Kürzlich fand deshalb in Dortmund ein Fotoshooting für unsere Kandidatinnen und Kandidaten statt. Die Wahlkämpfer konnten die ersten Entwürfe für ihr Plakat und ihr Kandidatenflugblatt gleich mit nach Hause nehmen.



Ehrenamtliche Videoredakteure gesucht

Für den Wahlkampf sucht die Online-Redaktion der NRWSPD noch engagierte Videofilmer.

Voraussetzungen:

- politisches Interesse
- Erfahrungen mit DV-Kameras
- Erfahrungen mit Schnittprogrammen (z.B. Final Cut Pro o.ä.)

Bewerbungen bitte mit Lebenslauf und nach Möglichkeit kleiner Arbeitsprobe (bitte nur Dateien auf CD/DVD).

SPD Landesverband Nordrhein-Westfalen
Pressestelle/Online-Redaktion
Bernd Neuendorf (persönlich)
Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

Nachfragen bitte
senden an:
dirk.borhart.nrw@spd.de

Mitglieder werben Mitglieder! Mitglieder werben, pflegen, halten.

Wahlkampfzeiten sind natürlich immer Zeiten des Werbens. Nicht nur Wählerstimmen zu werben, sondern auch neue Mitglieder zu werben, ist seit jeher vornehmste Aufgabe der aktiven Wahlkämpfer.

Je schwieriger die Zeiten werden, das zeigen der ständige Rückgang bei der Wahlbeteiligung ebenso wie die Entwicklung des Mitgliederbestandes, um so wichtiger ist es, neue zeitgemäße Strategien der Mitgliederwerbung zu entwickeln.

Vielleicht reicht es aber auch schon aus, gut über die SPD und ihre Politik zu reden.

Was also ist neu an diesen neuen Überlegungen?

Wir wollen in den Mittelpunkt dieser Aktion den Dreiklang stellen:

■ Mitglieder werben ■ Mitglieder halten ■ Mitglieder pflegen!

Und es geht wieder aufwärts! Die Zustimmung zur Politik der SPD steigt. Und auch in der Mitgliederentwicklung zeigt sich, dass die Bereitschaft, in der SPD mitzumachen, zunimmt. Das müssen wir nutzen. Und vor allem der Landtagswahlkampf kann für uns einen Schub in der Mitgliederentwicklung bringen. Mit der Mitgliederwerbung im Wahlkampf wollen wir unsere Aktion 10.000+ mit dem letzten Schliff versehen. „Mitglieder werben Mitglieder!“ – unter diesem Motto laufen unsere Aktionen im Landtagswahlkampf 2005. Ob in der Familie oder im Freundeskreis, am Arbeitsplatz oder im Verein, bei Hausbesuchen und am Info-Stand und bei anderen Straßenaktionen – wir werden keine Gelegenheit auslassen, neue Mitglieder für unsere Partei zu gewinnen.

Mit der Beilage zu dieser Vorwärts-Ausgabe geben wir euch einige Hinweise und Tipps: Mitglieder werben, Mitglieder im Wahlkampf beteiligen, Mitglieder betreuen und beteiligen.

Nehmt diese Beilage zur nächsten Mitgliederversammlung, zur Vorstandssitzung oder in euer Wahlkampfteam mit! Sprecht darüber, welche Aktionen ihr durchführen wollt.

Und braucht ihr weitere Tipps oder auch Beratung: Die Mitglieder unserer Arbeitsgruppe Mitgliederpartei stehen euch gerne mit Rat und Tat zur Seite!

Mit dem Coupon auf der folgenden Seite könnt ihr euch direkt beim Landesverband melden!

Beide Werbematerialien sind für die direkte Ansprache gedacht. Ihr könnt sie in eurem Unterbezirksbüro, beim SPD-Parteivorstand in Berlin oder im SPD-Landesbüro NRW in Düsseldorf erhalten.



Mitgliederwerbeaktion 2005 – Wettbewerb der NRWSPD

Arbeit muss sich lohnen – auch bei der Mitgliederwerbung

Die NRWSPD schreibt für die Mitgliederwerbung 2005 einen Wettbewerb aus. Dieser Wettbewerb umfasst die Werbung von Neumitgliedern in den Monaten März, April und Mai 2005. Das bedeutet: Bei der Meldung zum Wettbewerb müssen die Aufnahmen in den Monaten März bis Mai erfolgt sein. Mit der Bewerbung wird eine Kopie des Aufnahmeantrages eingereicht. Die Bewerbung ist zu richten an: **SPD Landesverband NRW, z.Hd. Wolfgang Hellmich, Kavalierstraße 16, 40213 Düsseldorf.**

Folgende Preise werden ausgelobt:

Für Ortsvereine:

1. Preis

Der Ortsverein mit den meisten Neuaufnahmen erhält den vollen Jahresbeitrag der neu aufgenommenen Mitglieder für das zweite Halbjahr 2005 zusätzlich zu der normalen Beitragszahlung für den OV. Der Ortsvereinsvorstand wird zu einem Besuch in Düsseldorf eingeladen.

2. Preis

Der Ortsverein mit den zweitmeisten Neuaufnahmen erhält den halben Beitrag der neu aufgenommenen Mitglieder für das zweite Halbjahr 2005 zusätzlich zur normalen Beitragserstattung an den OV.

3. Preis

Der Ortsverein mit den drittmeisten Neuaufnahmen erhält ein Drittel des Beitrages der neu aufgenommenen Mitglieder für das zweite Halbjahr 2005 zusätzlich zur normalen Beitragserstattung an den OV.

Für EinzelwerberInnen:

1. Preis

Der Einzelwerber/ die Einzelwerberin mit den meisten Aufnahmen erhält eine moderne Digitalkamera für die Parteiarbeit.

2. Preis

Der Einzelwerber/ die Einzelwerberin mit den zweitmeisten Aufnahmen erhält einen MP3-Player.

3. Preis

Der Einzelwerber/ die Einzelwerberin mit den drittmeisten Aufnahmen erhält ein Buchpräsent.

Alle Einzelwerberinnen und -werber erhalten als Dank für ihre Leistung ein Original der Parteinadel aus den 40er Jahren.

Die Einzelwerberinnen und -werber werden zu einem Treffen nach Düsseldorf in die Parteizentrale der NRWSPD eingeladen.

Bewerbungsschluss ist der 30. Mai 2005

Mitglieder halten!

Eines ist klar: Es ist wichtiger, ein Mitglied zu halten statt einen überzeugten CDU'ler für die SPD zu gewinnen! Dafür müssen wir unseren Mitgliedern interessante Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Als moderne Volkspartei schaffen wir unseren Mitgliedern Information, Beteiligung und Einfluss auf Entscheidungen. Immer deutlicher stellen wir dabei fest, dass viele Sympathisanten und potenzielle Mitglieder bereit sind sich für ein Thema zeitlich begrenzt zu engagieren. Aber Funktionen übernehmen? Das bitte nicht sofort. Mit der Dauer der Mitgliedschaft steigt die Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen!

Deshalb müssen wir neuen und „alten“ Mitgliedern neue Formen der Beteiligung anbieten. Das können Projekte, themenbezogene Foren oder auch stadtteilbezogene Netzwerke sein.

Ein weiterer Aspekt ist die Mitgliederpflege. Was tun, wenn etwa 80% der Mitglieder nicht zu Ortsvereinsversammlungen kommen? Hier tut sich wohl eine Kontaktlücke auf! Hier kann ein/e Mitgliederbeauftragte/r auf den Ebenen Ortsverein, Stadtverband bis zum Unterbezirk helfen. Das Aufgabenprofil: Darum kümmern, dass sich die Partei vor Ort um die Mitglieder bemüht. Der Glückwunsch zum Geburtstag, der kurze Besuch oder auch Anruf – das hilft, den Kontakt zueinander zu halten. Mit attraktiven Qualifizierungs- und Bildungsangeboten schaffen wir unseren Mitgliedern exklusive Möglichkeiten der Information.

Der Landesvorstand hat einen Mitgliederbeauftragten benannt: Jochen Ott, UB-Vorsitzender Köln und Mitglied des Präsidiums der NRWSPD.

Die NRWSPD hat eine Arbeitsgruppe „Mitgliederpartei“ eingerichtet. Ihr gehören an: Katja Sievert, UB Dortmund, Renate Wolters, UB Bonn, Nicole Sauer, Juso IV, Gisela Lehwald, Landesverband, Renate Urban, Landesverband, Anja Fulge, Moderatorin, Günter Freitag UB Erftkreis, Johannes Emmerich, UB Paderborn, Roland Radtke, UB Herne, Heiko Wessel, UB Ennepe-Ruhr, und Wolfgang Hellmich, Landesverband NRW, Lothar Klouten, UB Viersen.

Der Kontakt zu den Mitgliedern spielt in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Rolle:

Kontakte von Anfang an aufbauen

Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass neue Mitglieder und besonders zugezogene Mitglieder sich häufig über mangelnde Ansprache und Kontakt zu ihrem Ortsverein beklagen. Neumitgliederempfänge, -seminare, Stammtische und die besondere Berücksichtigung von Neumitgliedern bei der Einladung zu Veranstaltungen sind Beispiele dafür, was wir mit einfachen Mitteln tun können. Solche Formen der Ansprache müssen selbstverständlich werden.

Kontakt halten

Manchmal brechen diese Kontakte schnell ab. Der Alltag des Vereinslebens führt oft dazu, dass Kontakte jenseits der Einladung zur Mitgliederversammlung versanden, in Vergessenheit geraten. Gerade bezogen auf Beteiligungsmöglichkeiten wird daraus ein – lösbares – Problem. Für Mitglieder, die bereit sind, sich zu engagieren, schaffen wir Beteiligungsmöglichkeiten. Ob das Projekte, Arbeitskreise, runde Tische oder einfach nur „Treffen“ sind, ist gleichgültig. Hauptsache, wir tun es!

Kontakt vertiefen

In unserer Partei treffen sich viele Menschen mit vielfältigen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Interessen, Erfahrung und Kreativität. Diese Schätze gilt es für die gesamte Partei zu heben. Mit den modernen elektronischen Medien gelingt dies oft besser. Der Internetauftritt des Ortsvereins, des Stadtverbandes bzw. des Unterbezirks erlaubt den Hinweis auf andere Möglichkeiten der Mitarbeit. Je mehr sich interaktive Formen der Internetauftritte durchsetzen (zum Beispiel über Diskussionsforen), um so näher kommen wir der Interessenlage und den Fähigkeiten unserer Mitglieder aber auch unserer Sympathisanten und potenziellen Mitglieder.

Wenn ihr Fragen zum Thema „Internet“ und „Mitgliederwerbung“ habt, könnt ihr euch an onlineteam@nrwspd.de wenden. Tipps rund um den eigenen Internetauftritt gibt es unter www.websozis.de

RÜCKMELDECoupon:

Mit dem folgenden Coupon könnt ihr euch an den SPD-Landesverband NRW zurückmelden. Sendet ihn bitte an **SPD-Landesverband NRW, Wolfgang Hellmich, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf**
 Fax: 0211/136225211, e-Mail: wolfgang.hellmich.nrw@spd.de

- Ich möchte mich bei der Mitgliederwerbung besonders engagieren und ausbilden lassen. Sendet mir bitte die Weiterbildungsangebote zu.
- Ich möchte den Koffer für die Mitgliederwerbung zum Preis von 15 Euro (zzgl. Porto) zugesandt bekommen.
- Mein Ortsverein/Stadtverband möchte sich am Projekt der Mit-Mach-Partei beteiligen und hier besonders beraten lassen.
- Ich möchte als Organisationsberater/in bei der Qualifizierung der NRWSPD als Mit-Mach-Partei besonders aktiv werden.
- Ich möchte im Landtagswahlkampf im Wahlkampfteam mitmachen.

Name: _____

Anschrift: _____

Alter: _____

Telefon: _____ Fax: _____ E-Mail: _____

Dieser kurze Abriss macht deutlich, dass wir auf breiterer Front den Dreiklang zwischen Mitglieder werben, Mitglieder halten und Mitglieder pflegen organisieren müssen. Eine Werbeaktion ohne neue Veranstaltungsformen wird verpuffen. Neue Veranstaltungs- und Beteiligungsformen ohne ordentliche Kontaktpflege werden ins Leere laufen und eine Neuordnung der Kommunikation ohne Kontinuität und Regelmäßigkeit wird zum unbefriedigenden Strohfeuer.

Wir machen uns ans Werk. Die einen oder anderen werden nun vielleicht wieder darauf hinweisen, dass wir, dass die Organisation das nur schwer schultern kann, dass uns dazu die Leute fehlen.... und wieder beißt sich die Katze in den Schwanz. Es ist wie bei der Geschichte von dem Mann mit der Säge:

Ein Spaziergänger sieht, wie ein Mann Bäume mit einer total stumpfen Säge sägt. Er gibt ihm den Tipp, die Säge doch erst einmal zu schärfen. Der aber antwortet, dafür habe er keine Zeit, er müsse Bäume sägen.
 Das soll uns nicht passieren!

Je mehr wir neue Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, um so mehr besteht auch die Chance neue Mitstreiter zu gewinnen, die uns helfen die SPD nach vorn zu bringen. So gewinnen wir aktive Mitglieder. Und mehr Schultern können dann auch mehr tragen!

Mitglieder werben, halten, pflegen ist also kein Beiwerk zu unserer Arbeit sondern notwendig für die Zukunftssicherung der SPD in einer sich schnell verändernden Welt.

Der „Werbe-Koffer“!

Wer kennt das nicht. Da will man die Mitgliederwerbung der SPD präsentieren, und dann fehlt es am nötigen Material. Damit auch das zukünftig nicht mehr passiert, wird es IHN geben, den „Werbe-Koffer“ der NRWSPD. Und das ist drin: Materialien zum Thema „Mitglieder werben Mitglieder!“, Leitfaden zur Mitgliederwerbung, das Praxishandbuch der SPD, der Foliensatz „7 Schritte einer erfolgreichen Mitgliederwerbung“, das Plakat „Mitglieder werben – in unserer Mitte ist noch Platz!“, Aktionshandbuch „Wir lassen nicht locker“, der Mitgliederordner „Dein Platz in unserer Mitte“, Aufnahmescheine usw. Der „Werbe-Koffer“ kostet einen Unkostenbeitrag von 15 Euro und ist bestellbar mit dem Coupon auf diesen Seiten!

BEITRITTSERKLÄRUNG

Name _____ Vorname _____ Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr) _____

Staatsangehörigkeit _____ Straße/Hausnummer _____ Postleitzahl/Wohnort _____

Telefon/Fax, privat _____ E-Mail-Adresse _____ Telefon/Fax, geschäftlich _____

Beruf/beschäftigt bei _____ Frühere Parteimitgliedschaft in der SPD von/bis _____ Gewerkschaft/andere Vereine _____

Unterschrift _____ Name und Anschrift des Werbers/der Werberin _____

Geschlecht: männlich weiblich

- Beschäftigungsverhältnis:
- Angestellte(r) Arbeiter(in) Selbstständige(r) Schüler(in), bzw. Student(in) Hausfrau/-mann Rentner(in), Pensionär(in)
 - Beamtin/Beamter Azubi Landwirt(in) Leitende(r) Angestellte(r) Berufssoldat(in) ohne anders

Bitte senden Sie die Beitrittserklärung an
SPD Landesverband NRW, Wolfgang Hellmich, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

„Mitbestimmung bleibt Kernbestand des Sozialstaates“

Schulterschluss zwischen Steinbrück und Betriebsratsvorsitzenden aus 40 Großunternehmen

Als „unverständlich und kurzsichtig“ haben Ministerpräsident Peer Steinbrück und 40 Betriebsräte aus NRW-Großunternehmen die aktuelle Kampagne von Industrieverbänden und Teilen der CDU gegen die Mitbestimmung und zum Abbau von Arbeitnehmerrechten bezeichnet. „Die Mitbestimmung müsste erfunden werden, wenn es sie nicht schon gäbe. Alle Versuche zur Einschränkung der Mitbestimmung werden auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen“, sagten der Ministerpräsident und die Betriebsräte anlässlich einer Zusammenkunft in Düsseldorf.

Gerade die Mitbestimmung habe einen zentralen Beitrag zum sozialen Frieden in Deutschland geleistet, der sich stets auch in den Unternehmensergebnissen niedergeschlagen habe, so Steinbrück und die Betriebsräte weiter. „Die Mitbestimmung ist Garant für die enge Zusammenarbeit zwischen Management und Belegschaften im Interesse der Unternehmensentwicklung. Sie schafft einen fairen Interessenausgleich und gewährleistet seit Jahrzehnten den sozialen Frieden. Der sozialpartnerschaftliche Konsens in den Unternehmen hat entscheidend dazu beigetragen, den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen.“

Die Unternehmensmitbestimmung der Beschäftigten im Aufsichtsrat wurde von den Gewerkschaften in der Ära Adenauer erstritten und in der Regierungszeit von Willy Brandt weiterentwickelt. Sie ist gerade heute eine der Erfolgsgarantien unserer Wirtschaft. Deutschland hat aufgrund seiner Sozialpartnerschaft im internationalen Vergleich relativ wenige Streiktage. Auch die größtenteils mitbestimmte Exportwirtschaft zählt zu den wettbewerbsfähigsten in der Welt.

„Angriffe auf Arbeitnehmerrechte gibt es aber nicht nur in Richtung Mitbestimmung, sondern auch in Richtung Tarifautonomie und den Kündigungsschutz“, so der Ministerpräsident und die Teilnehmer des Treffens. Auch hier würden leichtfertig gut funktionierende Regelmechanismen in Frage gestellt. Deutschland brauche starke und ebenbürtige Tarifvertragsparteien als Verhandlungs-

partner. Dabei sei es schon jetzt Praxis, Tarifverträge flexibel zu gestalten und zu handhaben. Damit bestehen umfassende Möglichkeiten, beschäftigungssichernde betriebliche Lösungen zu vereinbaren.

Auch in Sachen Kündigungsschutz wurden die Gesprächspartner deutlich: „Die von der CDU/CSU vorgesehenen Verschärfungen laufen darauf hinaus, die bewährte Balance zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszuhebeln.“ Dass umso mehr Menschen eingestellt werden, je schlechter der Kündigungsschutz wird, sei eine irriige Vorstellung.



Industrieland NRW – Wirtschaft fördern, Solidarität erhalten

Unter diesem Titel diskutierte ein Forum des Programmkonvents der NRWSPD in der Jahrhunderthalle in Bochum wirtschafts- und sozialpolitische Perspektiven für NRW. Landessozialministerin Birgit Fischer, Landesarbeitsminister Harald Schartau und der Vorsitzende des Landesbezirks der IG Metall, Detlef Wetzel, stellten ihre Positionen dar.

Seriös wie die Dekoration einer Geisterbahn

Rudolf Hartung beobachtet die politischen Klimmzüge der Opposition in NRW

Am 23. Dezember meldete die NRW-Presse fast unbeachtet, dass sich der hochgelobte Medienberater Michael Spreng von Jürgen Rüttgers getrennt hat. Angeblich „aus persönlichen Gründen.“ Das sagt man so, wenn man nicht mehr miteinander kann. So endete eine für die CDU nicht ganz billige Zusammenarbeit, als deren Ziel einmal die Wahl des Jürgen Rüttgers zum Ministerpräsidenten galt.

Jürgen Rüttgers wurde in diesen Monaten von Spreng umgestylt, schlicht umdekoriert. Durch eine Veranstaltungsreihe mit persönlichem Anspruch und Fernseh-Auftritte von der Ersatzmutter bis zum Hobbywerker Versuche sollte Rüttgers „menschlicher“ gezeichnet werden – sozusagen hautnah. Damit die Wähler ihn endlich mögen sollten. Auslandsreisen in die USA sollten dem CDU-Kandidaten internationales Flair vermitteln.

Doch alles ging irgendwie ein bisschen schief. Einzige Konstante bei Rüttgers: Er war und blieb ohne überzeugende Linie, selbst in den CDU-internen Personaldiskussionen unzuverlässig, und das Wort von der „Rolle Rüttgers“ wurde in Berlin und Düsseldorf sprichwörtlich.

Andere Personalpannen in der Union: Im Dezember muss Rüttgers den Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Laumann hastig in seine nicht vorhandene Mannschaft berufen. Der CDA-Bundesvorsitzende HeJo Arentz, bis dahin sein wichtigster Mann in Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik – war nicht mehr zu halten. Er hatte doppelt kassiert. Wenige Tage später überschattet die sog. „Nimmersatt-Affäre“ um Laurenz Meyer die Landesdelegiertenkonferenz der CDU in NRW. Wie vorher Arentz muss

auch Meyer gehen. Die „Rolle Rüttgers“ gewohnt unklar: Öffentlich würdigt er Meyer als „hervorragenden Generalsekretär“, während hinter den Kulissen vom Gegenteil die Rede ist.

Die CDU-Wahlkampfstrategie 2005 – im Internetangebot unter www.cdu-nrw.de – nachzulesen, ist wenig originell. Als lebten die Nordrhein-Westfalen in einem anderen Land, heißt es über die Landesregierung, sie treibe „die Menschen in die Hoffnungslosigkeit“. Versprochen wird ohne hohen Grad an Konkretion: „Mehr Arbeit – Mehr Bildung – Weniger Staat.“

Gesetzt wird auf eine Wechselstimmung, die es in NRW nicht gibt. Im Gegenteil: Bei den Wählerinnen und Wählern ist es nicht so gut angekommen, dass die CDU und Rüttgers bis ins Vorfeld der Kommunalwahlen das Land schlecht geredet haben.

Dabei könnte der Oppositionsführer es besser wissen. So heißt es im internen Wahlkampfhandbuch der CDU (!!): „Die Menschen in NRW sind zu Recht stolz auf ihr Land, sie leben gern in ihrer Heimat und sie glauben auch, dass Nordrhein-Westfalen ein hochattraktiver Wirtschaftsstandort ist.“ Und da haben die Menschen Recht.

Hauptproblem der CDU. Man traut Rüttgers gutes Regieren nicht zu. Die CDU-Themen greifen nicht. Beispiel CDU-Plakat: Play-mobil-Männchen stehn in Reih und Glied für die Einheitsschule.

Pech gehabt. Die Menschen sind vom Erfolgsprojekt der SPD: Offene Ganztagschule überzeugt. Und da sind solche Ablenkungsplakate nicht überzeugend, aber ähnlich seriös wie die Dekoration einer Geisterbahn.

Neujahrsempfang der NRWSPD



Neujahrsempfang der NRWSPD im Apollo-Theater Düsseldorf



Rede des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück



Sabine Scholdt verantwortet die Sendung Westpol. Mit Gesundheitsministerin Birgit Fischer



Pressevertreter begehren Einlass



Bei sichtlich guter Laune: Walter Haas, DGB-Landesvorsitzender und Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz



Martin Börschel, SPD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Köln mit Harald Schartau



Britta Hasselmann, Landesvorsitzende der Grünen in NRW wird von Michael Groschek, dem Generalsekretär der NRWSPD begrüßt



Volker Becher, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Stahl, Dr. Hansjörg Döpp, Hauptgeschäftsführer Landesvereinigung der Arbeitgeber-Verbände NRW und Harald Schartau, Landesvorsitzender NRWSPD im Gespräch



Prominenz aus der Medienbranche: Harald Brand, Chefredakteur der Landesprogramme im WDR Fernsehen. Hier spricht er mit Michael Schmid-Ospach, dem Geschäftsführer der Filmstiftung NRW



Glückwünsche von Bergleuten für den Ministerpräsidenten

„Millionäre in die AOK“

Wer einen Kabarettisten zu einer Feier einlädt, läuft das Risiko, dass der sich über den Einladenden lustig macht. So nahm denn auch der Kölner Politspaßmacher Jürgen Becker beim Neujahrsempfang der NRWSPD die Sozis auf die Schippe: „Gute Stimmung, hier. Wir wissen auch alle warum, VW liegt nicht in NRW. Kein Politiker aus NRW steht auf der VW Gehaltsliste.“

Der guten Stimmung tat das tatsächlich keinen Abbruch, denn auch die anderen bekamen ihr Fett weg. Zum Beispiel beim Thema Gesundheitsreform: „Das FDP-Modell sagt ganz klar, Private Krankenversicherung für alle. Unter uns, billiger wird das auch nicht.“

SPD-Bürgerversicherung: das heißt so viel wie Millionäre in die AOK, nach dem rheinischen Motto: Mir zahlen in eine Täschen und trinken aus einer Fläsch.“

Das beste Modell sei aber das von der CDU. Becker: „Kopfpauschale heißt das, hab immer gedacht, dass ist eine Alternative für die Todesstrafe. Ist aber ein Supergesundheitsmodell.“

Das kann man nicht kritisieren, weil das keiner versteht.“

Auch die Rentenreform treibt Becker um und lässt ihn ratlos. Da kracht alles auseinander. Immer weniger Kinder, alle werden älter, große Probleme für die Rente.“

Und die Lösung? Becker weiß es auch nicht besser als die Politik:

„Da gibt es mehrere Modelle. Die IG Metall sagt, Rente mit 60. Der Regierungsberater Rürup sagt, Rente mit 67 und der Papst sagt: Rente mit 100.“

Auch beim Thema Türkeibeitritt fahndet der Kabarettist vergeblich nach politischer Logik. Die Türkei, sagt Becker, habe „extra die Todesstrafe abgeschafft, um in die EU zu kommen. Die USA haben die Todesstrafe noch und wenden sie fleißig an. Deshalb sind sie auch nicht in der EU.“ Nun könnte man einwenden, die USA liegen gar nicht in Europa. „Das ist richtig“, sagt Becker, „die Türkei aber auch nicht.“



Kabarettist Jürgen Becker zeigt wo es lang geht